MULTIMEDIA

Bettenrennen für besseres Image

Mit einem internationalen Bettenrennen will der Ferienort Pattaya in Thailand sein Image als Hochburg des Sextourismus bekämpfen.

ZISCH

Video auf www.zisch.ch/bonus

Zwölfjähriger versucht sich im Stierkampf

Ein Zwölfjähriger tritt in der Arena gegen einen Stier an – und wird dabei dreimal niedergestreckt. Auch sein Vater, der ihm zu Hilfe eilt, ist schnell am Boden. Vater und Sohn bleiben aber unverletzt.

ZISCH

Video auf www.zisch.ch/bonus

Was wissen Sie über Kälte, Eis und Schnee?

Welche Form haben Schneeflocken? Und mit welchem Schnee baut man am besten einen Schneemann? Testen Sie Ihr Winter-Wissen!

ZISCH

Quiz auf www.zisch.ch/bonus

Paradeplatz Zürich, Symbol für den Finanzplatz Schweiz. Hinter den Kulissen der Grossbanken sorgt der Steuerstreit mit Deutschland für Hektik. *EQ*

TOPNEWS

Burkhalter zieht erste Bilanz

Bern – Nach drei Monaten in der Regierung sieht der FDP-Bundesrat Didier Burkhalter viele Herausforderungen auf die Schweiz zukommen und spricht vor allem die neuste Datenklau-Affäre mit Deutschland an. Oberste Priorität hat für den FDP-Magistraten aber das Gesundheitswesen. Er zeigte sich überzeugt, dass mit einer Verbesserung der Qualität eine Effizienzsteigerung erzielt werden könne. Dazu will er insbesondere so genannte Managed-Care-Modelle weiter vorantreiben. ***Seite 5***

Kommission will Gegenvorschlag

Bern – Die Staatspolitische Kommission des Ständerats hat sich auf die Grundzüge eines direkten Gegenvorschlags zur Ausschaffungsinitiative der SVP geeinigt. Statt eines Deliktekatalogs sieht er Mindeststrafen als Voraussetzung für die Ausweisung vor und verlangt auch ausdrücklich, das Völkerrecht einzuhalten. ***Seite 5***

Dalai-Lama-Besuch: China droht USA

Peking – Die chinesische Regierung hat US-Präsident Barack Obama vor einem Treffen mit dem Dalai Lama gewarnt. Eine derartige Zusammenkunft würde das Fundament der chinesisch-amerikanischen Beziehungen schwer beschädigen, erklärte gestern Zhu Weigun, der Leiter der für Tibet-Gespräche zuständigen Regierungsbehörde. Er fügte hinzu, dass es bei den jüngsten Gesprächen zwischen China und Abgesandten des Dalai Lama keine Fortschritte gegeben habe. ***Seite 7***

Toyota verteidigt sein Vorgehen

Nagoya – Der Rückruf von fast 4,5 Millionen Autos wegen klemmender Gaspedale kann für Toyota einen noch nicht abschätzbaren Einbruch bei den Verkäufen bedeuten. Shinichi Sasaki, Chef der Qualitätskontrolle, verteidigte dennoch die verzögerte Reaktion nach dem Bekanntwerden des Problems. Toyota habe sich zunächst darauf konzentriert, eine Lösung zu finden, sagte er. ***Seite 13***

Steuerstreit

«Schweiz braucht eine Strategie»

Die Schweiz wird in Kürze ein Angebot machen, um den Druck vom Finanzplatz zu nehmen, sagt Professor Martin Janssen. Denkbar wäre eine Abgeltungssteuer.

VON HANS-PETER HOEREN

«Die Schweiz braucht eine Strategie, wie es mit dem Finanzplatz weitergehen soll, und diese muss sie mit einer Stimme gegenüber dem Ausland vertreten.» Davon ist Martin Janssen, Professor für Finanzmarktökonomie an der Universität Zürich, überzeugt. «Die Schweiz muss hier vorwärtsmachen.» Sie wisse eigentlich ganz genau, was sie wolle, sagt Janssen. Dies werde aber nach innen und aussen zu wenig kommuniziert.

Vergangenheit bewältigen

«Die Schweiz will keine Steuerbetrügerin sein, sie will aber langjährige Kunden und Bankmitarbeiter auch nicht kriminalisieren», sagte Janssen gegenüber unserer Zeitung. Weitere wichtige Eckpunkte: Die Schweiz setze bezüglich der Steuern auf die Kooperation mit dem Ausland, wolle im Gegenzug aber einen freien Marktzutritt in die EU. «Den automatischen Datenaustausch wollen wir aber sicher nicht», stellt er klar.

«Die Frage ist, was wir dem Ausland dafür bieten können», sagt der Finanzexperte. Eine taugliche Antwort ist nach Meinung von Janssen die Abgeltungssteuer, bei der die Bank für ihre ausländischen Kunden die jährlichen Steuern erhebe und an das betreffende Heimatland abliefere. Besondere Aufmerksamkeit verlange dabei die Behandlung der Vergangenheit.

Für Janssen ist es klar, dass mit dem Ausland nur dann eine langfristig stabile Lösung gefunden werden kann, wenn auf dem Vermögensbestand eines Kunden, der sein Vermögen in der Vergangenheit nicht korrekt versteuert hat, eine Steuer im Umfang von vielleicht 10 bis 15 Prozent abgeliefert wird. Für die Zukunft muss darüber hinaus auf dem üblicherweise anfallenden Vermögensertrag von rund 3 Prozent pro Jahr eine Abgeltungssteuer von vielleicht 25 Prozent an den Heimatstaat abgeliefert werden.

> **«Einer Lösung, bei der so viel Geld anfällt, würden sich die wichtigen EU-Staaten nicht verschliessen.»**
>
> *MARTIN JANSSEN, FINANZEXPERTE*

«Kunden würden mitziehen»

Könnten die Schweizer Banken die Hälfte ihrer Privatkunden überzeugen, sich dieser Abgeltungssteuer zu unterziehen, würden rund 350 Milliarden Franken zur Besteuerung zur Verfügung stehen. Innerhalb einer kurzen Frist würden so 35 bis 52,5 Milliarden Franken an die Heimatstaaten der betreffenden Kunden abgeliefert. Und in der Zukunft würde jährlich ein Steuerertrag von mehr als 2,5 Milliarden Franken anfallen.

Die Kunden könnten dann entscheiden, ob sie ihr Vermögen nach Ablauf einer Frist selber deklarieren oder weiterhin durch die Bank versteuern möchten. Selbstverständlich müssten sich die Schweizer Banken von jenen Kunden trennen, die sich dieser Abgeltungssteuer nicht unterziehen möchten. «Ich bin überzeugt, dass die wichtigen Staaten der EU sich einer solchen Lösung, wo so viel Geld anfällt, nicht verschliessen würden und dass auch die wichtigen Kunden mitmachen würden», betonte Janssen.

Wichtig für Akzeptanz im Volk

Wichtig sei es jetzt, dass rasch und entschlossen vorangegangen werde. «Und dazu braucht es den Bundesrat, die Verwaltung, aber auch eine überzeugt und stark auftretende Bankiervereinigung», erklärte der Finanzexperte: «Die Strategie muss erarbeitet und kommuniziert sein, wenn das Parlament über die neuen Doppelbesteuerungsabkommen debattiert. Er habe Zweifel, dass das Schweizer Volk die Doppelbesteuerungsabkommen, gegen die das Referendum ergriffen werden kann, akzeptiert, wenn die neue Strategie des Finanzplatzes bis dann nicht klar ist.»

«Schweiz rafft sich auf»

Janssen ist überzeugt: «Die Schweiz wird sich in den kommenden Wochen aufraffen und dem europäischen Ausland ein gutes Angebot unterbreiten, bei dem alle nur gewinnen werden.» Die Finanzminister vor allem Deutschlands, Frankreichs, Italiens und Grossbritanniens würden einer Lösung, bei der ihnen Dutzende von Milliarden Euro in die Kasse gespült werden, einer Situation vorziehen, in der alle diese Kunden in Singapur, Dubai und anderswo unauffindbar verschwinden, ohne auch nur einen Rappen abgeliefert zu haben.» Einen automatischen Datenaustausch lehnt Janssen ab. Er glaubt, dass dieser verhindert werden kann: Weder Österreich, Luxemburg, die USA, Singapur, China, Dubai noch die meisten europäischen Staaten würden dazu bereit sein.

EXPRESS

- Nicht korrekt versteuerte Gelder müssten einmalig hoch belastet werden.
- Der Experte fordert die Politik und die Banken auf, jetzt rasch zu handeln.

Heute ist wieder der Bundesrat am Zug

Wie weiter? Das ist die grosse Frage, um die der Bundesrat an seiner heutigen Sitzung ringt. Und gewiss auch darum, welche Strategie er im eskalierenden Steuerstreit mit Deutschland einschlagen will. Gestern nämlich sendeten die Bundesräte Hans-Rudolf Merz und Didier Burkhalter unterschiedliche Signale aus.

Finanzminister Hans-Rudolf Merz besteht nach wie vor darauf, dass die Schweiz Deutschland keine Amtshilfe leistet, sollte das Land die gestohlenen Daten kaufen. Dies dürfte Merz gestern seinem Amtskollegen Wolfgang Schäuble am Telefon nochmals klargemacht haben. Innenminister Didier Burkhalter warnte umgekehrt vor den Medien davor, den Streit mit Deutschland eskalieren zu lassen. Deutschland sei für die Schweiz ein zu wichtiger (Wirtschafts-)Partner, man könne sich einen langwierigen Konflikt mit dem Nachbarland gar nicht leisten. So lassen sich Burkhalters Aussagen im Klartext deuten.

Amtshilfe kein Druckmittel

Kommt dazu, dass die Drohung, keine Amtshilfe zu leisten, offenbar gar nicht greift. Das jedenfalls glaubt Daniel Rentzsch, Experte für Steuerrecht an der Universität Zürich. Im Schweizer Radio verwies er auf den Fall Liechtenstein. Damals habe sich gezeigt, dass die Beschuldigten entweder von sich aus Geständnisse ablegten oder die gekauften Daten so ergiebig waren, dass sich ein Gesuch um Amtshilfe erübrigte.

Bundesrat Hans-Rudolf Merz *EQ*

Blocher: «Kriminelle»

Die Ankündigung, die gestohlenen Daten zu kaufen, sorgt in der Schweiz weiterhin für Entrüstung. Mit markigen Worten geisselte SVP-Vizepräsident Christoph Blocher die neuste Entwicklung: «In der deutschen Regierung hat es Kriminelle», sagte Blocher gestern in der Sendung «Talk-Täglich» von TeleZüri. Blocher forderte den Bundesrat auf, das Doppelbesteuerungsabkommen mit Deutschland zu sistieren. Die SVP werde auf jeden Fall dagegen kämpfen.

Neue bürgerliche Töne

Spannend ist, dass in der bürgerlichen Mitte ein Umdenken stattfindet. So hat CVP-Fraktionschef Urs Schwaller die Nase voll davon, dass die Schweiz «als Hort der schwarzen Kassen am Pranger steht», und plädiert für offensive Vorschläge, um aus dieser unliebsamen Ecke herauszukommen. Der Thurgauer FDP-Nationalrat Werner Messmer plädierte in der «Tagesschau» für ein «Umdenken» beim Bankkundengeheimnis für Ausländer. Der Schutz von grossen Steuerhinterziehern aus dem Ausland müsse aufhören, findet der FDP-Politiker.

KARL FISCHER